<u>KD'in Heinze</u> stellte die anwesenden Mitarbeiter des Amtes für Bevölkerungsschutz (Amt 38), sowie Frau Prinz-Klein als Vertreterin der Gebäudewirtschaft (Abt. 22.2) vor.

Sie verwies auf die ausführliche Darstellung der Organisationsstruktur des Amtes für Bevölkerungsschutz, die als Anhang der Einladung bereits beigefügt war. Sie stellte nochmals heraus, dass die Aufgaben rund um den Bevölkerungsschutz in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hätten, so dass es seinerzeit auch nur folgerichtig war, die bis dahin bestehende Abteilung zu einem Amt aufzuwerten. Die in diesem Jahr abgeschlossene Organisationsuntersuchung habe dies bestätigt. Insbesondere den rettungsdienstlichen Belangen, untermauert mit stetig steigenden Einsatzzahlen im Krankentransport als auch in der Notfallrettung, habe man Rechnung tragen müssen, so dass der Rettungsdienst seit Juli dieses Jahres ein eigenständiges Sachgebiet darstelle. Daneben seien die Gefahrenabwehrplanung sowie die Leitstelle die wesentlichen Schwerpunkte des Amtes.

Des Weiteren gab sie die Termine des ARK für 2015 bekannt: 16.03., 15.06. und 29.10.2015.

<u>Abg. Söllheim, CDU</u> regte an, den Ausschuss bei nächster Gelegenheit im Kreisfeuerwehrhaus tagen zu lassen, um alle Einrichtungen des Kreises besser kennenzulernen.

<u>Abg. Albrecht, SPD</u> bat um Erläuterung der Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und den Kommunen im Bereich der Feuerwehr.

<u>KVD Dahm</u> führte aus, dass das Feuerwehrwesen grundsätzlich Sache der Städte und Gemeinden sei. Das FSHG NRW (Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung) sehe darüber hinaus Sonderregelungen vor.

Zur Erfüllung dieser Aufgaben wurde in den 70er Jahren das Kreisfeuerwehrhaus in den Dienst genommen. Hier werden eine Reihe von Aufgaben für die Kommunen übernommen (Schlauchpflege, Wartung von Atemschutzgeräten usw.).

KBM Engstenberg ergänzte, dass der Rhein-Sieg-Kreis (RSK) zudem Ausrüstung, in diesem Fall Fahrzeuge (GW-Messfahrzeuge und Einsatzleitwagen), unterhalte und damit den überörtlichen Bedarf im Rahmen der operativen Geschäfte in den Kommunen unterstütze.